

Zukunft Deutschland

Programm

Unsere Werte – unsere Ziele

1. Unser Prinzip

„Zukunft Deutschland“ handelt auf der Basis von festen Werten. Sie haben ihren Ursprung in den christlichen Wurzeln unserer Kultur, dem Humanismus und der Aufklärung. Diese Werte geben die Leitlinie und den ethischen Rahmen für unsere politische Arbeit. Die Menschen dieses Landes stehen dabei zu jeder Zeit im Mittelpunkt.

Daraus abgeleitet stehen wir für freiheitliche, wertkonservative Politik für Deutschland. Wir überprüfen das Alte, bewahren das Gute und gestalten die Zukunft.

Langfristige Orientierung und die Bereitschaft zur gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technologischen Weiterentwicklung sowie die Bewahrung der Natur bestimmen unser Handeln. Fortschritt bringt Herausforderungen mit sich. Wir begegnen diesen mit sachorientierten Lösungen anstatt mit dem Schüren von Ängsten. Der Wille zum nach vorne gerichteten Denken unterscheidet uns von reaktionären, rückwärtsgewandten Kräften von Links und Rechts.

Als bürgerliche, konservative Bürger vertreten wir soziale, liberale und konservative Positionen. Menschlichkeit und Miteinander bilden die Basis unseres Denkens. Markt- radikalität lehnen wir ebenso ab, wie sozialistische Vereinheitlichung.

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist unser Staatsmodell. Der Wille, sie gegen religiösen und politischen Extremismus von Links und Rechts zu verteidigen ist der Kern der wehrhaften Demokratie.

Wir sind Patrioten. Wir bekennen uns zur deutschen Nation und unserer Heimat im Sinne eines gesunden und positiven Patriotismus. Eine Überhöhung der eigenen und die Herabsetzung anderer Kulturen lehnen wir strikt ab.

2. Unsere Werte

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu schützen ist der Fixpunkt und die Prämisse unseres Handelns. Dies ergibt sich aus unserer Orientierung am christlichen Menschenbild. Die Menschenwürde gebietet Achtung vor dem Menschen als solches und ist nicht Gegenstand der Relativierung. Dazu gehört die volle Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Verantwortung für die Gemeinschaft ist der Auftrag der Politik. Aufgabe der Politik ist es, eine gesellschaftliche Ordnung herzustellen, in der die individuellen Freiheitsrechte eigenverantwortlich gelebt werden können sowie der Schutz dieser Ordnung.

Jeder Mensch gestaltet sein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung. Jeder hat das Recht sein Leben nach seinen Vorstellungen zu leben. Eine der Freiheit dienende Sicherheit und der Wille, die Freiheitsrechte des anderen zu akzeptieren sind die Voraussetzungen für eine freie Gesellschaft. Die Ausgestaltung der persönlichen Freiheit findet ihre Schranken in den Freiheitsrechten anderer. Toleranz begründet sich auf Gegenseitigkeit.

Das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung führt zur Eigenverantwortlichkeit. Jeder Mensch trägt die Verantwortung für sich und die von ihm Abhängigen. Er nutzt seine Vernunft zur Entwicklung seiner Fähigkeiten. Konsequenterweise lehnen wir Bevormundung durch staatliche Eingriffe ab.

Eigenverantwortung wird flankiert durch Solidarität. Die Fähigkeit zur Eigenverantwortung ergibt sich aus der Leistungskraft des Menschen. Wo diese trotz aller Bemühungen nicht ausreicht, unterstützt die Gemeinschaft die Schwachen der Gesellschaft, um auch ihnen ein würdevolles Leben zu gewährleisten. Soziale Sicherheit ist eine gemeinsame Aufgabe von Familie, Gesellschaft und Staat.

Der demokratisch legitimierte Rechtsstaat gibt der Gesellschaft ein einheitlich verbindliches Rechtssystem vor. Vor dem Gesetz sind alle gleich. Auf Basis der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und des Mehrheitswillens definiert der Staat den gesetzlichen Rahmen und sorgt nach dem Prinzip der Gewaltenteilung für dessen Durchsetzung. Die Rechte von Minderheiten sind zu schützen.

Staat und Religion sind getrennt. Der Staat hat darauf zu achten, dass seine weltanschauliche und religiöse Neutralität gewahrt bleibt. Es gibt keine Staatsreligion. Kopftuch oder Vollverschleierung bei Angehörigen des Staatsdienstes widerspricht diesem Grundsatz. Jede Religionsgemeinschaft hat sich in die bestehende weltliche Rechtsordnung einzufügen.

Wir stehen für die parlamentarische Demokratie. Eine stabile Demokratie lebt von der Beteiligung der Bürger an den demokratischen Prozessen. Die Mehrheitsverhältnisse, ermittelt durch freie, gleiche und geheime Wahlen legitimieren das Handeln von Regierung und Parlament. Parlamentarier müssen unabhängig sein. Ihre Entscheidungen dürfen nicht von den Interessen einzelner Gruppen geleitet werden, sondern ausschließlich von denen des Volkes. Durch konstruktiven Dialog wird politischer Interessenausgleich organisiert. Direkte Demokratie mit Bürger- und Volksentscheiden ergänzt die parlamentarische Demokratie und bildet ein wichtiges Korrektiv. „Zukunft Deutschland“ möchte die Bevölkerung bei grundlegenden politischen Entscheidungen von besonderer Tragweite direkt beteiligen.

Eine demokratische Gesellschaft braucht Transparenz. „Zukunft Deutschland“ tritt für einen offenen Dialog und die sachliche Auseinandersetzung ein. Gute Argumente sind wertvoller als Ideologie, pragmatische Lösungen sind besser als politische Prinzipienreiterei. Vielfalt in der Berichterstattung gewährleistet die Bildung von ausgewogenen Meinungen. Demokratischer Diskurs lebt von der Kontroverse. Meinungsdiktatur, Denkverbote und übertriebene political correctness lehnen wir ab.

Private und öffentlich-rechtliche Medien ergänzen sich. Öffentlich-rechtliche Medien haben einen gesetzlich verankerten Auftrag, der verstärkt in den Blickwinkel rücken muss. Private Medien müssen Bedingungen vorfinden, die ihnen eine Teilnahme am Wettbewerb ermöglichen.

Die Liebe zur Heimat schafft Gemeinschaft. Das Bekenntnis zu unserer Heimat bewirkt Zusammenhalt und Identität. Sie findet Ausdruck in den Nationalfarben schwarz-rot-gold und im Text der Nationalhymne „Einigkeit und Recht und Freiheit“. Das Miteinander von Stadt und Land, von Regionen und Bundesländern, die Pflege von Tradition und Brauchtum und das Wissen um die Eigenheiten des jeweils anderen ist uns ein Anliegen. Gleichwertige Lebensverhältnisse, Chancen und Arbeitsbedingungen sind zu fördern.

3. Unsere Positionen

a. Die Gesellschaft

Eine freiheitliche, demokratische Gesellschaft, die im offenen Miteinander und mit Respekt vor der Freiheit des Einzelnen existiert, benötigt für das Zusammenleben einen gemeinsamen Grundkonsens, über den in den wichtigsten Fragen Übereinstimmung besteht.

Die uneingeschränkte Anerkennung des säkularen Rechtsstaats sowie der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die Achtung der Menschenwürde, Gleichheit von Mann und Frau sowie die sich aus diesen Elementen ergebenden Rechte und Pflichten der Bürger, bilden das Fundament des deutschen Staates. Die christliche Werteordnung prägt das Verständnis von Gut und Böse. Sie hat nicht nur religiöse, sondern gesamtgesellschaftliche Gültigkeit.

Zusammen ergibt sich daraus die deutsche Leitkultur. Sie ist die Richtschnur für die Integration von Migranten in die Gesellschaft. Wer von außen nach Deutschland kommt und nicht bereit ist, diese Leitkultur für sich anzunehmen, hat keinen Platz in der deutschen Gesellschaft.

Der Staat garantiert die Glaubens- und Religionsfreiheit und stellt sicher, dass Kirchen und anerkannte Religionsgemeinschaften öffentlich wirken können. Sie findet, wie alle Freiheitsrechte, ihre Grenzen dort, wo die Freiheitsrechte anderer beschnitten werden. Die Trennung von Religion und Staat ist zu beachten. Religiöse Bestimmungen stehen nicht über dem Gesetz, dem staatlichen Gewaltmonopol oder dem staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag.

Politisch-fundamentalistische Religionen, die sich über andere erheben und die Deutungshoheit über das Leben der Bürger beanspruchen, gehören nicht zu Deutschland.

Gesellschaftliche und kulturelle Errungenschaften sind zu verteidigen. Der Selbstrelativierung unserer christlich-abendländisch geprägten Kultur treten wir mit Selbstbewusstsein und Überzeugung für die eigenen Werte und Standpunkte entgegen und verhindern so kulturellen Rückschritt. Mit dem Zuzug von Migranten kommen unterschiedliche Traditionen, Werte, Religionen und Lebensweisen nach Deutschland. Unsere Leitkultur bildet die Grundlage für die Integration.

Das Zusammenleben der Menschen verändert sich. Traditionelle, langfristige Bindungen an Wohnort, Familie und Vereine nehmen ab. Mobilität, Digitalisierung und Globalisierung treten an ihre Stelle. Der demografische Wandel verändert die Zusammensetzung der Gesellschaft und bringt neue Herausforderungen für den „Generationenvertrag“. Unserem Verständnis von Heimat, Werten und Familie kommt damit noch größere Bedeutung zu.

Unser Verständnis von Gerechtigkeit manifestiert sich in den Begriffen Chancengerechtigkeit, Bildungsgerechtigkeit und Generationengerechtigkeit. Die Möglichkeit, sein Leben nach seinen Neigungen und Begabungen frei und eigenverantwortlich zu gestalten, eröffnet die Möglichkeit, soziale Grenzen zu überwinden. Den Herausforderungen des demografischen Wandels ist durch gerechten Interessenausgleich und gesellschaftlichen Teilhabe für Jung und Alt zu begegnen.

Wir stehen für eine offene und freiheitliche Gesellschaft, die geprägt ist von dem Respekt vor den Lebensleistungen anderer, wechselseitiger Toleranz und Chancengerechtigkeit und dem Recht, seine Meinung frei zu äußern. Unsere Gesellschaftsordnung bestimmt die Regeln des Zusammenlebens in unserem Land im Sinne der deutschen Leitkultur. Wir beziehen klar Position gegen verfassungsfeindliche Ideologien, religiösem Fanatismus und menschenrechtswidrigen Handlungen wie Zwangsheirat, Kinderehen und Genitalverstümmelung. Eine Erosion unserer Staats- und Rechtsordnung lassen wir nicht zu.

Das Ehrenamt hat einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert. Freiwilliges Engagement in der Gesellschaft, in Feuerwehren, Vereinen und sozialen Organisationen muss gebührend gewürdigt und gefördert werden.

Deutschland ist eine Kulturnation. Das vielfältige kulturelle Erbe gilt es zu pflegen und zu erhalten. Der Staat fördert facettenreiche Kulturszene sowohl in Ballungszentren als auch in den Regionen. Die Pflege von Brauchtum und Dialekten bis hin zur Hochkultur, von Klassik bis Moderne ist identitätsstiftend für Deutschland. Den Bürgern ist die Teilhabe am kulturellen Leben zu ermöglichen.

b. Ehe und Familie

Familienpolitik muss den Ansprüchen von klassischen Familien mit Mutter, Vater und Kindern ebenso genügen, wie denen Alleinerziehender, Patchwork-Familien oder Lebensgemeinschaften ohne Trauschein. Die Erziehungshoheit der Eltern ist zu respektieren. Sie hat Vorrang vor staatlichen Eingriffen, soweit das Kindeswohl nicht gefährdet ist. Staatlich-ideologischer Bevormundung der Eltern, beispielsweise durch Gender-Ideologie oder Frühsexualisierung, erteilen wir eine Absage.

Die Freiheit der Gestaltung von Lebensentwürfen kommt auch Familien zu. Der Staat unterstützt die Wahlfreiheit von Familien bei ihrer Entscheidung über Betreuung, Erziehung und Erwerbstätigkeit mit Angeboten, die ihrer jeweiligen Lebenssituation gerecht werden.

Die Tätigkeit für die Familie, die Erziehung von Kindern und die Pflege von Angehörigen verdient hohe gesellschaftliche Anerkennung, die sich insbesondere bei der Alterssicherung niederschlagen muss. Deshalb treten wir dafür ein, Pflege- und Kindererziehungszeiten stärker als bisher bei der Rente zu berücksichtigen. Das Ehegattensplitting soll erhalten bleiben und durch ein „Kindersplitting“ ergänzt werden, von dem insbesondere unverheiratete Paare und Alleinerziehende profitieren.

Wir treten für eine familienfreundliche Arbeitswelt ein, die wo immer möglich, die Chancen der Digitalisierung und Flexibilisierung nutzt.

c. Bildung und Forschung

Bildung ist der Schlüssel zum Erfolg. Dabei umfasst Bildung mehr als das Aneignen von Fachwissen. Gute Bildung zielt auf Verstehen und den Erwerb von Kompetenzen in fachlichen Fragen ebenso wie im sozialen und kulturellen Bereich. Bildung ist interdisziplinär und bezieht die Entwicklung des Charakters hin zu Verantwortungsbewusstsein, Hilfsbereitschaft und Zusammenhalt ein. Die Vermittlung der Werte unserer demokratischen Kultur, das Wissen um die Funktionen von Wirtschaft und Gesellschaft, Respekt vor Religion, Kunst und Natur ist Teil des staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrags.

Schulunterricht soll fördern und fordern, jedoch nicht überfordern. Leistungsbereitschaft, Eigenleistung und Anstrengung sind Voraussetzungen für Bildungserfolg. Der ganzheitliche Bildungsansatz beinhaltet jedoch auch Raum für Sport, Musik und gesellschaftliche Aktivitäten außerhalb der Schule.

Einheit der Bildungssysteme. Ideologische Bildungsexperimente zu Lasten der Schülerinnen und Schüler müssen ein Ende finden. Die Zersplitterung der Bildungslandschaft behindert die länderübergreifende Mobilität von Familien. Die Schulsysteme und Lehrpläne sind bundesweit so zu gestalten, dass ein länderübergreifender Schulwechsel ohne Nachteile für die Schülerinnen und Schüler möglich ist. Die Qualität des bayerischen Schulsystems bewährt sich in diversen Studien seit Jahrzehnten und dient als Leitlinie.

Jedes Kind soll die Möglichkeit erhalten, seine Begabungen bestmöglich zu entwickeln. Soziale Herkunft darf nicht ausschlaggebend für den Bildungsweg sein. Individuelle Förderung und Flexibilität sind in allen Bildungswegen zu implementieren. Die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund kommt hohe Bedeutung zu, darf jedoch nicht den Bildungserfolg der einheimischen Schülerinnen und Schüler beeinträchtigen.

Unterschiedliche Begabungen erfordern unterschiedliche Bildungswege. Das differenzierte Schulsystem – mit seinen eigenständigen Schularten Grundschule, Förderschule, Hauptschule, Realschule, Gymnasium und beruflichen Schulen in ihren unterschiedlichen Varianten – ermöglichen die bestmögliche Förderung der unterschiedlichen Begabungen und deren Ausprägung. Durchlässigkeit zwischen den Schularten ist zwingend erforderlich, um auf individuelle Entwicklungen reagieren zu können.

Das duale Ausbildungssystem gilt weltweit als Vorbild für eine hochwertige berufliche Ausbildung. Das Streben nach maximaler Akademisierung lehnen wir ab. Berufliche und akademische Bildung sind für uns gleichermaßen wertvoll.

Wachstum und Wohlstand können nur erhalten werden, wenn Bildung, Wissenschaft und Forschung in Deutschland führend sind. Sie sind unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg im globalen Wettbewerb. Das Werben um die weltweit besten Talente und Köpfe sichert den höchsten Standard.

Die Vielfalt der akademischen Bildungs- und Forschungslandschaft ist von großer Bedeutung. Kooperationen von Hochschulen und Wirtschaft mit dem Ziel ständiger Innovation sind zu fördern. Erkenntnisse der Grundlagenforschung und deren Weiterentwicklung zu marktreifen Anwendungen sind das Ziel eines ganzheitlichen Ansatzes.

d. Asyl und Migration

Zuwanderung braucht gesetzlich festgelegte Grenzen und Regeln. Unbegrenzte und unkontrollierte Zuwanderung ist unverantwortlich. Der Staat allein entscheidet auf der Grundlage eines Einwanderungsbegrenzungsgesetzes darüber, wer in unser Land einreisen und hier bleiben darf. Zuwanderung muss begrenzt und gesteuert erfolgen. Ausschlaggebendes Kriterium ist dabei die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit unseres Landes. Diese ergibt sich insbesondere aus dem Bedarf am Arbeitsmarkt, der Qualifikation sowie die kulturelle Nähe der Einwanderer. Daraus ergibt sich eine faktische Obergrenze für Aufnahme und Integration. Keine Gemeinschaft kann Menschen anderer kultureller Prägung in beliebiger Zahl integrieren. Die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte muss möglich sein. Die Verantwortung des Staates gegenüber seiner einheimischen Bevölkerung hat Vorrang gegenüber den Interessen potenzieller Zuwanderer.

Eine europäische Lösung ist anzustreben. Dies heißt aber nicht, den Willen Deutschlands in der EU im Sinne eines „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ durchzudrücken. Mit dieser Vorgehensweise hat Deutschland bereits viel Schaden angerichtet und einen tiefen Riss in der EU verursacht. Vielmehr plädieren wir für eine partnerschaftlich abgestimmte Strategie unter Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse aller Mitgliedsstaaten.

Eine Einwanderung in die Sozialsysteme, gleichgültig ob von innerhalb oder außerhalb der EU, darf es nicht geben.

Wer politisch verfolgt ist, erhält Schutz im Rahmen der Vorgaben der Gesetze. Wir verstehen Asyl und Flüchtlingsschutz als humanitäre Hilfe auf Zeit, die kein grundsätzliches, unbefristetes Bleiberecht begründet. Wenn der Schutzgrund wegfällt, erfolgt grundsätzlich die Rückreise in das Heimatland. Hilfe für Flüchtlinge und Schutzbedürftige kann es im Rahmen von international verabredeten Kontingenten geben. Vorrang vor der Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland hat die schnelle und entschlossene Hilfe vor Ort.

Die Weiterreise aus einem sicheren Drittstaat nach Deutschland ist keine Flucht.

Wer in Deutschland erhebliche Straftaten begeht, verwirkt sein Gast- und Aufenthaltsrecht.

Die auf Länderebene implementierten „Härtefallkommissionen“ sind aus unserer Sicht überflüssig und aufzulösen. Sie konterkarieren die Entscheidungen der zuständigen Behörden und Gerichte und widersprechen dem Gedanken des Rechtsstaats.

Die Klassifizierung von Ländern als „sichere Herkunftsstaaten“ muss sich an sachlichen Kriterien und nicht an ideologischen Einschätzungen orientieren. Sie ist deshalb auf der Grundlage einer analytischen Bewertung der jeweiligen deutschen Botschaft und des Bundesnachrichtendienstes durchzuführen.

Integration ist zwingende Voraussetzung für einen dauerhaften Aufenthalt und hat eine Richtung. Sie erfolgt in Orientierung an unsere Leitkultur. Der Versuch des multikulturellen Nebeneinanders hat sich nicht bewährt sondern führte zu Integrationsverweigerung, Parallelgesellschaften und rechtsfreien Räumen. Integration heißt, dass Zuwanderer sich anpassen, nicht umgekehrt. Bräuche und Rituale, die

den deutschen Gesetzen zuwiderlaufen, werden nicht geduldet. Die Unkenntlichmachung der Person durch Vollverschleierung widerspricht unseren Sitten und Gebräuchen und unserem Verständnis von der Rolle der Frau in der Gesellschaft. Wir sprechen uns daher für ein Verbot von Burka und Niqab im öffentlichen Raum aus.

Integration bedeutet Verbundenheit zur deutschen Nation. Das Austragen ethnischer, religiöser und politischer Konflikte auf deutschem Boden ist nicht zu akzeptieren, ebenso wie gegen Deutschland gerichtete Aktivitäten. Wer nicht in der Lage ist, die Sitten und Gebräuche seines Herkunftslandes, die der deutschen Leitkultur widersprechen, hinter sich zu lassen, kann nicht dauerhaft in Deutschland leben. Im Ausland geschlossene Ehen, die nicht der deutschen Gesetzeslage entsprechen (z.B. Kinderehen, Polygamie) finden in Deutschland keine Anerkennung.

Der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft ist ein Bekenntnis. Sie steht am Ende gelungener Integration und ist kein Mittel auf dem Weg dorthin. Das Bekenntnis zur freiheitlich – demokratischen Grundordnung, zur deutschen Leitkultur sowie gute deutsche Sprachkenntnisse sind unabdingbare Voraussetzung für eine Einbürgerung. Wer sich im Zuge einer Einbürgerung zu Deutschland bekennt, kann sich nicht gleichzeitig zu einem anderen Land bekennen. Aus diesem Grund lehnen wir die „doppelte Staatsbürgerschaft“ ab.

Einreisekontrolle und Grenzschutz müssen sichergestellt sein. Unkontrollierte Einreise darf es nicht geben. Wir plädieren für eine Registrierung aller als Flüchtlinge einreisender Personen mit dem Ziel, die Verschleierung der Identität, Missbrauch des Aufenthaltsrechts sowie Leistungsbetrug zu verhindern bzw. aufzudecken. Wer nicht über gültige Papiere verfügt muss im Zweifelsfall bis zur Klärung seiner Identität festgehalten werden. Die wirkungsvolle Sicherung der EU Außengrenze ist vorrangiges Ziel, um illegale Einreise zu verhindern und gleichzeitig den freien Reiseverkehr im Schengen-Raum nicht zu behindern. Wenn dies nicht erreicht werden kann, müssen die deutschen Grenzen in nationaler Verantwortung gesichert werden – notfalls auch mit Unterstützung der Bundeswehr.

e. Arbeit, Wirtschafts- und Sozialordnung

Die soziale Marktwirtschaft ist ein Erfolgsmodell. Wie keine andere Wirtschaftsordnung fördert sie Wohlstand, Wachstum, Freiheit, Eigenverantwortung und Solidarität gleichermaßen. Ein vom Staatsvolk getragener, starker Staat markiert den Ordnungsrahmen, in dem sich marktwirtschaftliche Kräfte entfalten. Sozialistische Utopien lehnen wir ebenso ab, wie übersteigerte Liberalität. Marktwirtschaftlicher Wettbewerb und Sozialordnung müssen sich in Balance befinden. „Zukunft Deutschland“ tritt für die Bewahrung der Sozialen Marktwirtschaft und gegen planwirtschaftliche Bestrebungen ein. Eine Wirtschaftsordnung, die Gewinne privatisiert und Risiken sozialisiert, lehnen wir strikt ab.

Soziale Marktwirtschaft gründet sich auf privates Eigentum. Wer durch Fleiß und Eigeninitiative dauerhafte Werte schafft, soll auch davon profitieren dürfen. Der Staat muss Eigentum schützen, Vermögensaufbau unterstützen, Leistung belohnen und schleichender Enteignung entgegenreten. Umgekehrt gilt: Eigentum begründet eine Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft.

Der Staat setzt in einer sozialen Marktwirtschaft einen festen Rahmen mit eindeutigen Regeln im Großen und sorgt für freiheitliche Verhältnisse im Kleinen. Er sorgt durch langfristig orientierte, konstante Wirtschaftspolitik für Planungssicherheit. Der Staat soll nur eingreifen, wo Selbstregulierung und Selbstverantwortung nicht greifen und die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft verletzt werden. Der Grundsatz der Subsidiarität muss stärker gelten. Die Kammern als zentrales Element der Selbstverwaltung in der Wirtschaft haben sich bewährt. Gängelung, Überregulierung und ausufernde Bürokratie behindern die wirtschaftliche Entwicklung.

Leistung muss sich lohnen. Die Möglichkeit eines jeden, sein Leben frei zu gestalten bedingt auch die Eigenverantwortung, für sein Leben zu sorgen, soweit dies möglich ist. Wer arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der dies nicht tut.

Solidarität und Gemeinwohl sind Zeichen einer starken Gesellschaft. Wer wegen seines Alters, einer Behinderung, Krankheit oder Arbeitslosigkeit nicht für sich selbst sorgen kann, muss auf die Unterstützung der Gemeinschaft vertrauen können. Dies ist ein Gebot der Menschlichkeit und Garant für den inneren Frieden. Daraus lässt sich jedoch kein umfassender Anspruch auf Versorgung ableiten. Die Leistungen des Sozialstaates dürfen nicht die Eigenverantwortung und –initiative hemmen. Soziale Sicherheit ist in einem starken wirtschaftlichen Umfeld realisierbar. Ausufernde Sozialleistungen auf Pump zu Lasten der nächsten Generation lehnen wir ab.

Wir wertschätzen die Leistungsträger. Alle, die Verantwortung für sich und andere übernehmen sind die Leistungsträger der Gesellschaft: Arbeitnehmer, Unternehmer, Selbstständige, Freiberufler und Landwirte ebenso wie der öffentliche Dienst. Sie sind die Leistungsträger unserer Gesellschaft. Jede Arbeit ist sinnvoll und hat ihren Wert.

Das freie Unternehmertum mit allen Betriebsgrößen und Branchen macht unseren Standort aus. Unser starker Mittelstand mit seinen Familienunternehmen, die freien Berufe und das Handwerk sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie stellen

zukunftsorientierte Ausbildungsplätze. Im Handwerk ist der Meistertitel dafür eine wichtige Voraussetzung und darf nicht relativiert werden.

Freier Welthandel trägt entscheidend zu unserem Wohlstand und zur positiven wirtschaftlichen Entwicklung von Schwellenländern bei. Internationale Handelsbeziehungen erschließen sowohl Absatzmärkte als auch Beschäftigungsmöglichkeiten. Bei der Vermarktung von im Ausland hergestellten Produkten, ist auf die Einhaltung von sozialen, ökologischen und arbeitsschutztechnischen Standards ebenso zu achten, wie auf Tierschutz. Globalisierung basiert auf fairem Wettbewerb, der klare Regeln hinsichtlich des Schutzes geistigen Eigentums und des Kampfes gegen Korruption benötigt.

Protektionismus und die Ausbildung internationaler Monopolisten schaden dem Wettbewerb und damit der Steigerung des Wohlstands. Staatliche Akteure müssen ihren gestalterischen Spielraum nutzen, um gleichmäßigen Zugang zu den Märkten zu gewährleisten.

Freier Handel bedarf der Regulierung. Wo immer möglich, sind globale Regeln im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO zu schaffen. Bilaterale Freihandelsabkommen sind mit maximaler Transparenz unter Einbeziehung der Bürger zu verhandeln.

f. Steuern und Finanzen

Verantwortungsvolles Haushalten ist Zeichen für einen starken Staat. Wer heute handelt, hat Verantwortung für die nächsten Generationen. Der Staat kann nicht dauerhaft mehr ausgeben, wie er einnimmt. Ungezügelter Verschuldung lehnen wir ab.

Faire Besteuerung von Einkommen und Kapital beginnt damit, dass der Steuerpflichtige das Steuersystem versteht. Deshalb treten wir für ein einfaches, gerechtes und leistungsfreundliches Einkommensteuerrecht nach den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft ein, in dem alle Einkommensarten gleichmäßig besteuert werden. Menschen, die mehr haben müssen auch mehr zum Gemeinwesen beitragen als Menschen mit geringerem Einkommen. Gleichzeitig gilt aber: wer mehr leistet muss auch mehr zur Verfügung haben.

Die Anzahl an Ausnahmetatbeständen im Einkommensteuerrecht ist zu minimieren und wenn angebracht, durch Pauschalen und eine Anpassung des Grundfreibetrages zu ersetzen.

Steuererhöhungen durch inflationsbedingt steigende Einkommen („Kalte Progression“) sind durch eine Anpassung der Steuertarife an die Inflationsrate zu vermeiden.

Unternehmen müssen ihre Steuer dort entrichten, wo der zu versteuernde Gewinn erwirtschaftet wird. Dem Umschichten von Unternehmensgewinnen in Steueroasen ist entgegen zu treten.

Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Sie schädigt die Gemeinschaft. Steuerhinterziehung, auch im europäischen Raum, muss konsequent verfolgt, Steuerschlupflöcher müssen auch innerhalb der EU wirksam geschlossen werden. Fairer Wettbewerb schließt auch Fairness in der Besteuerung ein.

Finanzmärkte dienen als Stabilisierung der Realwirtschaft und dürfen sich nicht verselbstständigen. Sie benötigen wirksame Regulierung. Für die Vernichtung von Werten durch riskante Kapitalmarkttransaktionen der Banken darf nicht die Allgemeinheit haften.

Europa braucht eine stabile Währung. Überschuldete Staaten müssen aus dem Euroraum ausscheiden. Stattdessen fließen Milliarden sinnlos in die Rettung maroder Länder und die Zentralbank flutet die Märkte mit frisch gedrucktem Geld. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist die Geschäftsgrundlage der gemeinsamen Währung und muss strikt eingehalten werden. Die EU ist keine Schuldenunion, eine Vergemeinschaftung von Staatsschulden lehnen wir ab.

Das Absenken der Zinsen auf Nullniveau und schrankenlose Geldschöpfung sind nicht mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft vereinbar. Anstrengung, Vorsorge und Sparen verlieren so ihren Wert, nachhaltiger Vermögensaufbau wird torpediert. Stattdessen kommt es zu Überschuldung und Investitionsblasen.

Negativzinsen schädigen die Sparer und gefährden Banken und Rentenversicherer. Private Altersvorsorge wird entwertet und vielen droht Armut und sozialer Abstieg im Alter. So schwächt die Europolitik die Wachstumskräfte in Europa. Wir brauchen aber Wirtschaftswachstum um den Sozialstaat Deutschland zu sichern.

Bargeld ist geprägte Freiheit.

Deshalb treten wir für die Erhaltung des Bargeldes ein.

g. Europa

„Zukunft Deutschland“ steht zur europäischen Idee einer Friedens-, Wirtschafts- und Wertegemeinschaft. Sie war und ist Garant für Völkerfreundschaft, kulturellen Austausch und freien Handel und Verkehr in Europa. Eine Aufnahme von Staaten in die EU, die nicht dem europäischen Kulturkreis angehören und/oder nicht die Beitrittskriterien erfüllen, wäre eine Überforderung Europas und der Europäer. Für diese Länder gibt es andere Möglichkeiten der Partnerschaft und der Zusammenarbeit.

Wir wollen, dass Europa zu dieser Ursprungsidee zurückkehrt. Europa soll sich auf die großen Zukunftsfragen konzentrieren. Die Einheit in der Vielfalt ist Europas Stärke, Europas Besonderheit und Europas kreativer Antrieb. Für „Zukunft Deutschland“ gehören deutscher Patriotismus und europäische Identität zusammen. Die Menschen in Europa sollen sich als Europäer fühlen, ohne ihre Nationalität ablegen zu müssen.

Wir stehen zum europäischen Binnenmarkt und zu offenen Märkten. Deutschland ist Standort von zahlreichen Weltmarktführern. Wir profitieren von offenen Märkten, der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sowie dem freien Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Kapital. Wohlstand wird dauerhaft nur in europäischer und globaler Zusammenarbeit gesichert. Freier und fairer Handel ist wichtig. Er beteiligt alle an der Wertschöpfung und trägt zu Freiheit in der Welt bei.

h. Außenpolitik

„Zukunft Deutschland“ ist dem friedlichen Zusammenleben der Völker verpflichtet. Wir achten die Kulturen, Religionen und Traditionen anderer Länder und erwarten im Gegenzug, dass dieser Respekt auch der deutschen Kultur entgegengebracht wird. Deutschland setzt sich für die weltweite Achtung der universellen Menschenrechte als Grundvoraussetzung für Frieden und Wohlstand in der Welt ein.

„Zukunft Deutschland“ betrachtet den 2+4 Vertrag als die abschließende Friedensregelung.

Die weltweite politische und wirtschaftliche Vernetzung Deutschlands sind Garant für Sicherheit und Wohlstand. Gleichzeitig ergeben sich daraus Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten. Dem ist in der Ausgestaltung der deutschen ASE-Politik Rechnung zu tragen.

Das friedliche Zusammenleben der Völker ist zunehmend Krisen und Konflikten ausgesetzt. Religiöser und ethnischer Hass, internationaler Terrorismus, Verteilungskämpfe und die Folgen des Klimawandels verschlechtern die Lebensbedingungen in vielen Regionen der Welt.

Die Außenpolitik von „Zukunft Deutschland“ zielt darauf ab, Krisen und Konflikte einzudämmen, ihre Auswirkungen auf Deutschland und Europa zu minimieren und die Lebensbedingungen in Konfliktgebieten zu stabilisieren.

Die einheitliche Zielvorgabe und -verfolgung von Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik ist von entscheidender Bedeutung. Um diese Elemente im Sinne eines Masterplans wirkungsvoll zu koordinieren tritt „Zukunft Deutschland“ für die Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrates ein. Im Zuge einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik Europas ist eine Harmonisierung auf EU – Ebene anzustreben.

Die Außenpolitik Deutschlands wird geleitet von den nationalen Interessen Deutschlands, die wiederum eng mit den Interessen unserer europäischen und transatlantischen Partner verflochten sind:

- a. Frieden und Stabilität in Deutschland, Europa und der Welt
- b. Gewährleistung der Menschenrechte und Einhaltung des Völkerrechts
- c. Kampf gegen den Terrorismus
- d. Vermeidung bzw. Steuerung von Migration
- e. Unterstützung von Schwellen- und Entwicklungsländern im Aufbau belastbarer Wirtschafts- und Regierungsstrukturen
- f. Freiheit des Handels und der Handelswege
- g. Unabhängigkeit von oder gesicherter Zugang zu Rohstoffen

Deutschland ist ein verlässlicher Partner in internationalen Organisationen. „Zukunft Deutschland“ erkennt die Autorität der Vereinten Nationen an und beteiligt sich aktiv an der Ausgestaltung. Als Produkt der Nachkriegszeit bedarf sie jedoch der Überarbeitung. „Zukunft Deutschland“ setzt sich für eine Reform der UN, insbesondere des UN Sicherheitsrates ein mit dem Ziel, dessen Handlungsfähigkeit zu verbessern. Die Rolle der OSZE als zivile Organisation im Rahmen der Krisen- und Konfliktbewältigung ist zu stärken.

i. Sicherheitspolitik

Ziel unsere Sicherheitspolitik ist der Schutz Deutschlands vor äußerer Bedrohung und politischer Erpressbarkeit. Sie ist realpolitisch, langfristig ausgerichtet und orientiert sich nicht an politisch handelnden Personen oder kurzfristigen und umkehrbaren Entwicklungen. Sorgfältige Analyse globaler sicherheitspolitischer Herausforderungen bilden den Ausgangspunkt. Die strategische Ausrichtung muss sich im Einklang mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern befinden ohne dabei die nationalen politischen Interessen Deutschlands zu vernachlässigen.

Die NATO war und ist der Grundpfeiler der Sicherheit Europas. Neben ihrer Rolle als Verteidigungsbündnis ist sie die Plattform für sicherheitspolitischen Dialog und Konsultation auch und gerade mit Russland und anderen Nicht-Mitgliedsstaaten. Die NATO ist der Ausdruck der transatlantischen Freundschaft nach dem 2. Weltkrieg. Die Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit darf nicht zu Doppelstrukturen- oder verfahren führen.

„Zukunft Deutschland“ würdigt ausdrücklich die Leistungen der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr im Einsatz ebenso wie in den Heimatstandorten und steht für politischen Rückhalt und Vertrauen in unsere Streitkräfte. Gleiches gilt für die Angehörigen der Nachrichtendienste, die teils unter hohen persönlichen Risiken für ein umfassendes Lagebild sorgen.

Die erste Aufgabe der Bundeswehr ist die Landes- und Bündnisverteidigung. Die Beteiligung deutscher Soldaten an Auslandsmissionen im Rahmen der UN oder der NATO erfolgt auf Grundlage des geltenden Völkerrechts nach sorgfältiger Einzelfallentscheidung unter Abwägung nationaler Interessen, humanitärer Gesichtspunkte und den vorhandenen militärischen Kapazitäten.

Zusammenarbeit der Streitkräfte in multinationalen Verbänden, Bündelung von Kapazitäten und Harmonisierung von Einsatzverfahren tragen zur Verbesserung der militärischen Handlungsfähigkeit Europas bei. Die Entsendung von Soldaten der Bundeswehr in Einsätze muss in der alleinigen Entscheidungshoheit des Bundestages liegen. Die Schaffung einer „Euro-Armee“ lehnen wir deshalb ab.

Die Bundeswehr ist mit modernstem Gerät auszustatten, dass es erlaubt, auf klassische wie auf moderne Bedrohungen (z.B. Cyber-Attacken, hybride Kriegsführung) zu reagieren. Wo erforderlich sind die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Personalkörper, Dienstpostenstruktur und organisatorischer Aufbau der Bundeswehr sind so anzupassen, dass eine maximale Einsatzfähigkeit erzielt wird und bürokratische Strukturen abgebaut werden.

„Zukunft Deutschland“ tritt für eine Änderung des Grundgesetzes und die Schaffung einer Gesetzgebung ein, die den Einsatz der Bundeswehr im Inneren in bestimmten Bereichen (z.B. Objektschutz) auf Anforderung der zuständigen Innenminister und unter Führung der Einsatzleitung der Polizei zulässt.

Die Bundeswehr ist eine Option für die Ableistung eines einzuführenden, allgemeinen Pflichtdienstes.

j. Entwicklungspolitik

Entwicklungshilfe muss sich auf die Schaffung langfristiger wirtschaftlicher Perspektiven konzentrieren. Die Soziale Marktwirtschaft Deutschlands kann als Beispiel für eine ausgewogene, auf Nachhaltigkeit ausgerichtete und sozial ausgewogene Wirtschaftsordnung dienen.

Entwicklungshilfe zielt auf die Schaffung langfristig tragfähiger Strukturen. Sie ist von akuter Not- und Katastrophenhilfe zu trennen.

Aus Sicht des „Zukunft Deutschland“ verhindern vor allem 4 Aspekte eine nachhaltige Entwicklung in vielen Teilen der Welt:

a. Bevölkerungswachstum

Trotz Kriegen, Hunger und Krankheiten wächst die Bevölkerung in den ärmsten Ländern Afrikas von Tag zu Tag. Die Situation in den dortigen Ländern lässt es meist nicht zu, dass die Menschen genügend Einkommen erwirtschaften, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Durch verstärkte Bildungs- und lokale Investitionsprogramme, insbesondere für Frauen, muss darauf eingewirkt werden, diese Entwicklung mindestens zu verlangsamen, die wirtschaftliche Entwicklung auf lokaler und regionaler Ebene zu stärken und so Perspektiven für ein würdevolles Leben zu schaffen.

b. Korruption und schlechte Regierungsführung

Durch Korruption und Machtmissbrauch fließen gewaltige Summen in die Taschen der Mächtigen und werden der Bevölkerung vorenthalten. „Zukunft Deutschland“ plädiert für ein System, das es erlaubt, in diesen Fällen ausländische Guthaben und Besitztümer einzufrieren und so dem Zugriff zu entziehen bzw. kontrolliert zum Wohle der Bevölkerung in den jeweiligen Ländern einzusetzen. Die Entwicklungshilfe ist so auszugestalten, dass keine Gelder in dunklen Kanälen versickern.

Durch die Unterstützung beim Aufbau von Verwaltungsstrukturen, Infrastruktur und einer leistungsfähigen Sicherheitsarchitektur werden Rahmenbedingungen für einen langfristigen Aufbau geschaffen.

c. Ethnischer Hass und Menschenrechtsverletzungen

Ethnischer Hass resultierend aus jahrhundertealten Stammeskonflikten führt in vielen Regionen zu schweren Kämpfen, Vertreibung und Armut. „Zukunft Deutschland“ plädiert für eine Ausweitung der Unterstützung von UN – Programmen, die dem entgegenwirken, langfristige Aussöhnung fördern und so innerstaatliche Konflikte minimieren.

d. Eingeschränkter Zugang zu internationalen Märkten

Protektionismus, Subventionen und Handelshemmnisse behindern die Vermarktung von Produkten in Europa. Die EU ist aufgerufen, ihre Handelspolitik mit den Entwicklungsländern zu überarbeiten und länder- oder produktbezogen den Zugang zu den europäischen Märkten zu vereinfachen. Dabei ist auf die Einhaltung von Arbeitssicherheit, ökologischen Standards sowie die Verhinderung der Ausbeutung von Beschäftigten zu achten.

k. Energie

Sicherheit, Sauberkeit und Wirtschaftlichkeit in der Energieerzeugung sind die wesentlichen Grundlagen für Wohlstand, Lebensqualität und Umweltschutz. Umweltschonende Energieerzeugung, die Landschaft und Klima schützt, Arbeitsplätze nicht gefährdet und die Versorgungssicherheit der Bevölkerung herstellt erreichen wir durch vielfältige Erzeugungsarten. Als Förderer des technologischen Fortschritts unterstützen wir Forschung und Entwicklung in Fragen der Energieerzeugung, -übertragung, -speicherung und -einsparung.

Es ist sinnvoll, die Abhängigkeiten von Rohstoffimporten langfristig zu minimieren und durch regenerative Energieerzeugung zu ersetzen. Diese Energiewende muss nach einem Masterplan gestaltet und unter Wahrung des Gleichgewichtes zwischen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz umgesetzt werden. Sie ist mit den europäischen Nachbarländern abzustimmen und darf nicht auf der Grundlage ideologischer Meinungen und Partikularinteressen oder unter der Zugrundelegung von für Deutschland nicht relevanter Risikoannahmen durchgepeitscht werden. Die Stärkung regionaler Energieerzeugung trägt zu einer bedarfsgerechten Umsetzung bei.

Atomkraft ist als Methode der Energieerzeugung aus Sicherheitsaspekten, insbesondere aber wegen der ungeklärten Entsorgung des Atommülls, ein Auslaufmodell. Auch hier ist eine europäische Harmonisierung anzustreben. Der Betrieb eines modernen, deutschen Atomkraftwerkes kann sinnvoll sein, wenn dafür ein weniger sicheres, Atomkraftwerk im benachbarten Ausland stillgelegt werden kann. Langfristige Verträge zur verlässlichen, gegenseitigen Stromversorgung sichern die Versorgungssicherheit. Wir sprechen uns jedoch für nukleartechnische Forschung aus, insbesondere im Hinblick auf Lösungen für die Frage der Entsorgung radioaktiver Abfälle oder im Hinblick auf die Kernfusion.

I. Innere Sicherheit und Terrorismus

Grundvoraussetzung für ein Leben in Freiheit ist Sicherheit. Sie ist Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben der Menschen und eine offene Gesellschaft. Ein Staat, der nicht in der Lage ist, Sicherheit herzustellen, verliert das Vertrauen seiner Bürger. Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechten und den Sicherheitsinteressen der Bevölkerung ist herzustellen.

Das Gewaltmonopol liegt beim Staat. Wir akzeptieren keine Toleranz gegenüber Rechtsbrüchen und Gewalt. Auch vermeintliche Bagatelldelikte müssen konsequent verfolgt werden.

Für die Durchsetzung der Gesetze stehen die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder zur Verfügung.

„Zukunft Deutschland“ würdigt ausdrücklich die Arbeit von Beamten und Angestellten im Polizei- und Justizdienst, Verfassungsschutz, Zoll, Rettungsdiensten und allen anderen Stellen, die täglich ihren Beitrag zur Gewährleistung unserer Sicherheit leisten. Wer sie angreift, behindert oder verunglimpft schadet der Allgemeinheit und hat mit konsequenter Strafverfolgung zu rechnen. Wo die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür nicht ausreichen, ist dieser Mangel schnellstmöglich zu beheben.

Die Sicherheitsbehörden sind rechtlich, personell und materiell so auszustatten, dass sie ihrer Aufgabe gerecht werden können und Gesetzesbrechern nicht unterlegen sind. Dies gilt auch für die Verfolgung von Straftaten im Internet. Sichtbare Polizeipräsenz erhöht das Sicherheitsgefühl und verhindert Straftaten. Sie darf sich nicht auf Großstädte beschränken sondern ist auch im ländlichen Raum sicherzustellen.

Terrorismus ist eine der größten Herausforderungen für die innere Sicherheit. Wer aus politischen oder religiösen Gründen Gewalt systematisch plant, androht oder ausübt, mit dem Ziel, die legitime politische und gesellschaftliche Ordnung Deutschlands zu bekämpfen, muss als Terrorist betrachtet werden. Dies gilt sowohl für politisch linke als auch für rechte oder religiös motivierte Gruppen. Wer durch Propaganda, Werbung oder Finanzierung terroristische Gruppen oder Personen unterstützt, macht sich mitschuldig, auch wenn er oder sie nicht in die eigentliche Tat einbezogen war. Für den Umgang mit „Gefährdern“ ist per Gesetz eine bundeseinheitliche Definition zu schaffen, die Regelungen für polizeiliche und nachrichtendienstliche Maßnahmen festlegt.

Kriminelle und Terroristen machen nicht vor Ländergrenzen halt. „Zukunft Deutschland“ tritt für eine bundeseinheitliche IT Architektur und Vernetzung der Polizei- und Verfassungsschutzbehörden der Länder und des Bundes ein, ebenso wie für einheitliche Rechtsstandards in der Polizeiarbeit. Wo sinnvoll und notwendig sind Aufgaben und Kompetenzen auf Bundesebene zu bündeln. Darüber hinaus muss der europäische Datenaustausch in der Polizeiarbeit besser vernetzt und koordiniert werden. Gleiches gilt für die Zusammenarbeit der Nachrichtendienste.

m. Gesundheit

Deutschland verfügt über ein bewährtes und leistungsfähiges Gesundheitssystem, in dem sich gesetzliche und private Versicherung ergänzen. Dieses System wollen wir erhalten. Jeder, der medizinische Hilfe benötigt muss diese in Anspruch nehmen können. Technischer Fortschritt und moderne Behandlungsmethoden müssen jedem offenstehen. Gesundheit darf keine Frage von Einkommen sein. Gleichzeitig kann unternehmerische Gewinnmaximierung nicht Vorrang vor den Bedürfnissen von Patienten und Pflegepersonal erhalten. Die Sicherstellung einer flächendeckenden haus- und fachärztlichen Versorgung muss auch zukünftig gewährleistet sein.

Das Gesundheitssystem muss auf die Herausforderungen des demographischen Wandels vorbereitet sein. Dem zu erwartenden, steigenden Versorgungs- und Pflegebedarf muss mit ganzheitlichen Konzepten begegnet werden, die sowohl die häusliche als auch die stationäre Pflege bedarfsorientiert und nach dem Willen der Betroffenen und deren Angehöriger zulässt und finanziell unterstützt.

n. Justiz

Ein funktionierendes Rechtssystem ist eine entscheidende Säule für das Vertrauen der Bürger in den Staat. Die Rechtsordnung muss so beschaffen sein, dass Verfahren zügig und rechtssicher abgeschlossen werden können. Der einleitende Satz „Im Namen des Volkes“ darf keine leere Worthülse sein. Deshalb tritt Zukunft Deutschland für eine Stärkung der Rolle der Schöffen im Strafprozess ein. Im Zuge einer Stärkung der direkten Demokratie sollen die Präsidenten von Land- und Oberlandesgerichten durch das Volk gewählt werden. Gleiches gilt für die Vorsitzenden Richter am Bundesgerichtshof, dem Bundesverfassungsgericht, dem Bundessozialgericht und dem Bundesverwaltungsgericht.

Das Parlament ist als gesetzgebende Kraft aufgerufen, ihren gestalterischen Willen in der Gesetzgebung so eindeutig zu formulieren, dass die Gerichte und Behörden in die Lage versetzt werden, Recht im Sinne der Gesetzgebung zu sprechen bzw. anzuwenden.

Das Grundgesetz sowie die deutschen Gesetze sind für alle bindend und sind ausschließlich. Paralleljustiz durch Clans, Friedensrichter oder ähnliche weltliche oder religiöse Institutionen haben in Deutschland weder Gültigkeit noch sind deren Vorgaben in einer Form in der deutschen Rechtsprechung relevant. Nach ausländischem Recht vollzogene Rechtsakte oder Traditionen, die den Gesetzen Deutschlands widersprechen (z.B. Kinderehen, Polygamie o.ä.) haben in Deutschland keine Gültigkeit und begründen keine Ansprüche auf Leistungen nach deutschem Recht (z.B. in der Krankenversicherung).

Ein konsequent angewandtes Strafrecht trägt zur Sicherheit und zum Vertrauen der Bürger in den Staat bei. Oper von Kriminalität stehen im Vordergrund der staatlichen Fürsorge, nicht die Täter. Der Anspruch auf Resozialisierung darf nicht dazu führen, dass übertriebene Milde das Ansehen der Justiz beschädigt.

Richter und Staatsanwälte sind vor Bedrohungen durch Kriminelle zu schützen. Zukunft Deutschland tritt für die Schaffung eines Straftatbestandes „Bedrohung von Organen der Rechtspflege“ ein.

Straftaten von Kindern, die nicht strafmündig sind, müssen Auswirkungen auf die Eltern haben.

o. Verkehr und digitale Infrastruktur

Deutschland ist ein Land der Mobilität. Menschen, Güter und Dienstleistungen werden innerhalb Deutschlands, Europas und der Welt transportiert. Eine moderne und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist ein entscheidendes Kriterium für Standortentscheidungen und Wirtschaftswachstum. Straßen, Brücken, Bahnlinien und Kanäle dürfen nicht verrotten. Sie sind qualitativ hochwertig zu bauen und durch ständige Wartung instand zu halten.

Moderne Flughäfen als Knotenpunkte des internationalen Personen- und Frachtverkehrs müssen eingebunden sein in ein landesweites System aus Flug-, Straßen- und Schienenverkehr.

Als Exportland, aber auch als Importeur von Gütern aus aller Welt braucht Deutschland moderne Seehäfen, die den Bedürfnissen der Handelsschifffahrt gerecht werden. Ein nationales Seehafenkonzept sorgt für eine optimierte Nutzung der vorhandenen Infrastruktur unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und ökologischer Gegebenheiten und sorgt durch konzeptionelle Einbindung der Hinterlandanbindung für eine schnelle und zuverlässige Weiterleitung der Waren.

Ein dichtes Netz im öffentlichen Nahverkehr sorgt gerade in ländlichen Gebieten für Mobilität, insbesondere für die ältere Generation.

Zur Infrastruktur einer modernen Gesellschaft gehört auch die flächendeckende Verfügbarkeit von schnellen Internetanschlüssen. Datenaustausch hat eine übertragende wirtschaftliche Bedeutung. Deutschland als Hochindustrieland muss hier eine Vorreiterrolle übernehmen.

p. Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz

Die Land- und Forstwirtschaft sind Garanten für eine Versorgung mit nachhaltig erzeugten Rohstoffen sowie für die Verfügbarkeit von gesunden und hochwertigen Lebensmitteln. Bäuerliche Familienbetriebe sind das Leitbild für die Lebensmittelezeugung. Konventioneller Anbau und biologische Landwirtschaft ergänzen sich. Der Beitrag der Landwirte zum Landschafts- und Umweltschutz muss angemessen honoriert werden. Gleichzeitig muss die Landwirtschaft, wie alle anderen Wirtschaftszweige auch, marktorientiert arbeiten und produzieren.

Ein besonderes Augenmerk gilt der artgerechten Tierhaltung. Qualitativ hochwertige Produkte zeichnen sich auch dadurch aus, dass dem Tierschutz ein hoher Stellenwert eingeräumt wird.

Die Inhalts- und Zusatzstoffe von Lebensmitteln müssen allgemeinverständlich und leserlich auf den Verpackungen gelistet werden. Irrführende Werbung muss unterbunden werden.

Der Schutz der Bevölkerung vor gesundheitsgefährdenden oder nicht handhabungssicheren Waren wird durch ein Qualitätssicherungssystem gewährleistet, für das Hersteller und Handel verantwortlich sind und das durch ein staatliches Kontrollsystem überwacht wird. Ausschlaggebend für die Festlegung von Grenzwerten sind wissenschaftliche Erkenntnisse. Im Zweifel hat der Schutz der Gesundheit Vorrang vor wirtschaftlichem Gewinnstreben.